

**Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und  
DIE LINKE**

**Fünftes Gesetz zur Änderung des Bremischen Gesetzes zur Förderung  
von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege (Bremisches  
Tageseinrichtungs- und Kindertagespflegegesetz – BremKTG)**

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

**Fünftes Gesetz zur Änderung des Bremischen Tageseinrichtungs- und  
Kindertagespflegegesetzes**

Der Senat verkündet das nachstehende, von der Bürgerschaft (Landtag)  
beschlossene Gesetz:

Artikel 1

Änderung des Bremischen Tageseinrichtungs- und  
Kindertagespflegegesetzes

In § 2 Satz 2 des Bremischen Tageseinrichtungs- und Kindertagespflege-  
gesetzes vom 19. Dezember 2000 (Brem.GBl. S. 491), das zuletzt durch das  
Gesetz vom 29. Mai 2024 (Brem.GBl. S. 220) geändert worden ist, wird das  
Wort „zehn“ durch das Wort „fünfzehn“ ersetzt.

Artikel 2

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

Begründung:

Artikel 1: Die Festlegung der Mindestbetreuungszeit in der  
Kindertagesbetreuung auf zehn Wochenstunden ist nicht konsistent zu § 43  
SGB VIII (Sozialgesetzbuch), in dem geregelt ist, dass ab einer  
Betreuungszeit von 15 Wochenstunden und mindestens drei Monaten eine  
Pflegerlaubnis zur regelmäßigen Betreuung von Kindern erforderlich ist.  
Gleichzeitig schränkt die aktuelle Regelung Kinderbetreuungsangebote  
unterhalb der Betriebserlaubnispflicht über die bundesrechtlichen Vorgaben

hinaus ein, obwohl der Platzmangel in der Kindertagesbetreuung eine Erweiterung und Flexibilisierung dieser Angebote notwendig macht. Auch Kinderbetreuung im Rahmen von zum Beispiel arbeitsmarkt- oder integrationspolitischen Maßnahmen profitiert von der Angleichung der bremischen Regelungen an das Bundesgesetz. Um die Mindestbetreuungszeit in betriebsurlaubspflichtigen Angeboten zu erhöhen, muss neben der Änderung des BremKtG eine Anpassung der Richtlinien für den Betrieb von Tageseinrichtungen für Kinder im Land Bremen (RiBTK) erfolgen.

Artikel 2 regelt das Inkrafttreten.

Heike Kretschmann, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD

Dr. Franziska Tell, Dr. Henrike Müller und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Miriam Strunge, Sofia Leonidakis, Nelson Janßen und Fraktion DIE LINKE